

# **Abiturprüfung 2010**

## **GESCHICHTE**

als Leistungskursfach

bzw. als Teilfach des Leistungskursdoppelfachs

**SOZIALKUNDE/GESCHICHTE**

**Arbeitszeit: 270 Minuten**

Der Prüfling bearbeitet **z w e i** Aufgaben nach seiner Wahl.

Als Hilfsmittel kann ein zugelassener Geschichtsatlas benutzt werden. Dieser darf keine Kommentare enthalten; Hervorhebungen und Verweisungen sind gestattet.

Bei jeder Teilaufgabe steht die maximal erreichbare Anzahl von Bewertungseinheiten [BE]

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT NATIONALSTAATLICHEN UND  
FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN ORDNUNGSVORSTELLUNGEN  
IN DEUTSCHLAND

- 1 Skizzieren Sie die Rolle des Militärs für Innenpolitik und politisches System vom preußischen Heeres- und Verfassungskonflikt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs! [12 BE]
- 2 [28 BE]
- 2.1 Erarbeiten Sie die Kernaussagen des Textes (M1) und erschließen Sie die Karikatur (M2)!
- 2.2 Setzen Sie sich mit der Position Scheidemanns und der Aussage der Karikatur zum Fall Reinhard auseinander!
- 3 Erörtern Sie, inwieweit die nationalsozialistische Herrschaft an Traditionen des Deutschen Kaiserreichs anknüpfte! [20 BE]

---

[Summe: 60 BE]

**M1: Philipp Scheidemann<sup>1</sup> in einer Schrift aus dem Exil (entstanden 1935/36) zu dem Verhältnis von SPD und Reichswehr zu Beginn der Weimarer Republik:**

Mit den Generalen stand Ebert sich sehr gut. Nachdem General Scheuch [als Preußischer Kriegsminister] [...] ersetzt worden war, hatten die übrigen Volksbeauftragten mitunter den Eindruck, dass Ebert den alten Offizieren mehr Verständnis entgegenbrachte, als den Vertretern der Soldatenräte. Jedenfalls war er diesen gegenüber ebenso fest, wie er den Offizieren gegenüber nachgiebig war. Nachdem die unabhängigen Mitglieder aus dem Kabinett ausgeschieden waren, Weihnachten 1918, war Noske als Volksbeauftragter eingetreten. Nach mancher Richtung hin ist dem späteren Reichswehrminister [Noske] Unrecht geschehen. Wahr ist, dass er sich, besonders im Fall des preußischen Oberst Reinhardt, auf den wir gleich zu sprechen kommen, und dann wieder besonders vor dem Kapp-Putsch schwer geirrt hat, aber er hatte vorher Erfahrungen machen müssen, die gewiss alles andere als erfreulich waren und manchen seiner Irrtümer erklärlicher erscheinen lassen. Nur eine Tatsache soll hier angeführt werden. Noske sollte eine Reichswehr aufbauen und war ehrlich bemüht, seine Truppe in der Hauptsache aus sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeitersöhnen zu rekrutieren. Er wollte auffordern zum Eintritt in die Wehr und gab deshalb für die Arbeiterzeitungen entsprechende Werbeinserate auf. Was geschah? Abgesehen von wenigen Ausnahmen, lehnten die sozialdemokratischen Blätter die Aufnahme der Inserate ab, denn man wollte nichts mehr wissen vom Militarismus. Die Folgen dieser kurzsichtigen Haltung waren sehr böse, denn es traten nun fast ausschließlich Bauernsöhne und Söhne von Angestellten und Beamten, aber auch ehemalige Unteroffiziere in die Reichswehr ein. Den Unterschied zwischen einer demokratischen Wehr der Republik und dem Kaiserlichen Militarismus hatten viele Arbeiter leider nicht begriffen – zu ihrem eigenen Schaden.

Das Verhältnis Eberts zu den höheren Offizieren ist der Republik teuer zu stehen gekommen. Am beschämendsten trat seine vollkommen unverständliche Einstellung zutage im Falle des preußischen Oberst Reinhardt [...]. Dieser Preuße hatte die von der Weimarer Nationalversammlung ordnungsmäßig eingesetzte Reichsregierung vor seinen versammelten Soldaten auf einem Berliner Kasernenhof Lumpengesindel genannt. Der Verfasser<sup>2</sup>, der dieser beschimpften Regierung nicht mehr angehörte, verlangte in einer öffentlichen Versammlung die sofortige Entlassung des schimpfenden Obersten. Deshalb wurden ihm, nicht etwa dem Obersten, von Ebert und Noske die heftigsten Vorwürfe gemacht: „Du willst uns wohl Knüppel zwischen die Beine werfen? Wir denken gar nicht daran, einen sonst so tüchtigen Offizier deshalb zu entlassen.“ In einer neuen Unterredung, die am nächsten Tag stattfand, am 12. oder 13. September 1919, kam es zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen Ebert auf der einen, dem Verfasser und

<sup>1</sup> Philipp **Scheidemann** (1865-1939): SPD-Politiker, Reichsministerpräsident von Februar bis Juni 1919, 1920-1933 Reichstagsabgeordneter, 1933 Emigration nach Prag, später nach Kopenhagen.

<sup>2</sup> Mit „Verfasser“ meint Scheidemann sich selbst.

Dr. Helphand<sup>3</sup> auf der anderen Seite. Bei dieser Gelegenheit sprach Ebert die klassischen Worte: „Ihr müsst doch berücksichtigen, dass Reinhardt nicht damit gerechnet hat, dass die vor seinen Truppen gemachten Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen würden.“ Der Fall schien uns hoffnungslos. Als der Reichspräsident darauf aufmerksam gemacht wurde, dass diese übel angebrachte Toleranz ein Freibrief für alle reaktionären Offiziere und Beamten sei, während die sofortige Entlassung Reinhardts der Republik den erforderlichen Respekt verschaffen werde, wurde uns die Antwort: „Ich denke nicht daran!“ Die Republik muss heute um so mehr an diese unverzeihliche Schwäche denken – und dafür büßen.

Die Dreistigkeit der reaktionären Offiziere und Beamten nahm zu, je mehr die Überzeugung sich durchsetzte, dass man der Regierung auf der Nase herumtanzen und sie nach Belieben beschimpfen könne. Der Fall Reinhardt hatte dem Verfasser Veranlassung gegeben, einen lauten Warnungsruf an das Volk ergehen zu lassen: „Der Feind steht rechts!“ Zum ersten Male stieß er den Ruf aus an dem Tage, an dem ihm der Fall Reinhardt bekannt wurde, in einer unter freiem Himmel stattfindenden Volksversammlung in Kassel, am 11. September 1919. Er wiederholte den Mahnruf am 7. Dezember 1919 in einer Rede in der Nationalversammlung. Beide Reden erschienen sofort als Broschüre und wurden unter dem Titel: „Der Feind steht rechts – Arbeiter seid einig“ zu Hunderttausenden von dem Verlag für Sozialwissenschaften abgesetzt. Die Spannung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Verfasser, der die Leitung der SPD wieder übernommen hatte, nahm natürlich erneut zu.

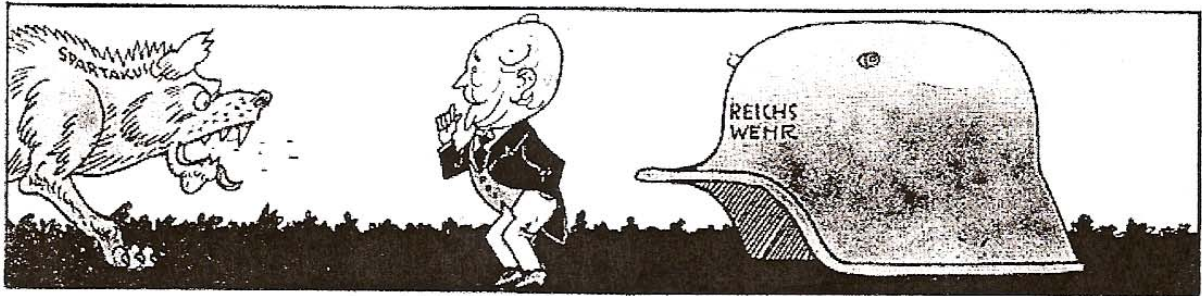
---

<sup>3</sup> Alexander **Helphand** (1867 –1924): Berater Friedrich Eberts.

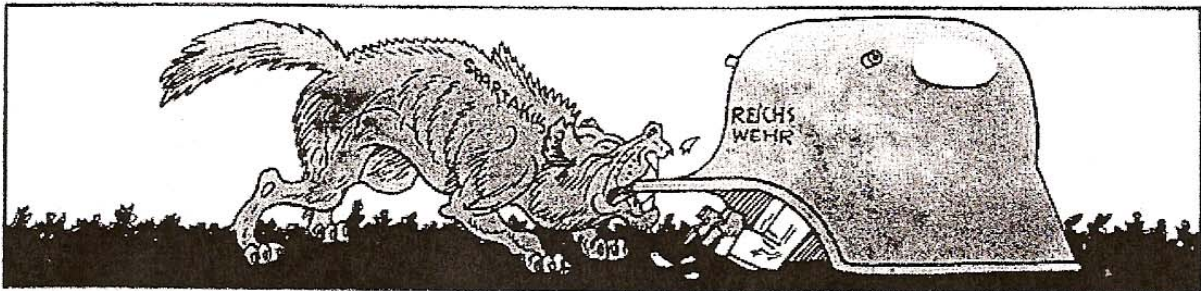
**M2: Karikatur aus der Zeitschrift „Kladderadatsch“ vom 5. Oktober 1919**

*Hinweis: Die Karikatur bezieht sich auf das in M1 angeführte Verhalten Philipp Scheidemanns im Jahr 1919.*

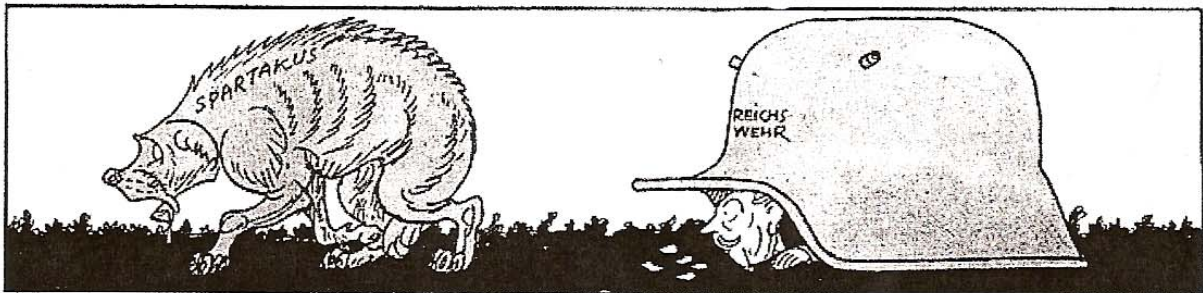
**Das tapfere Scheidemännchen**



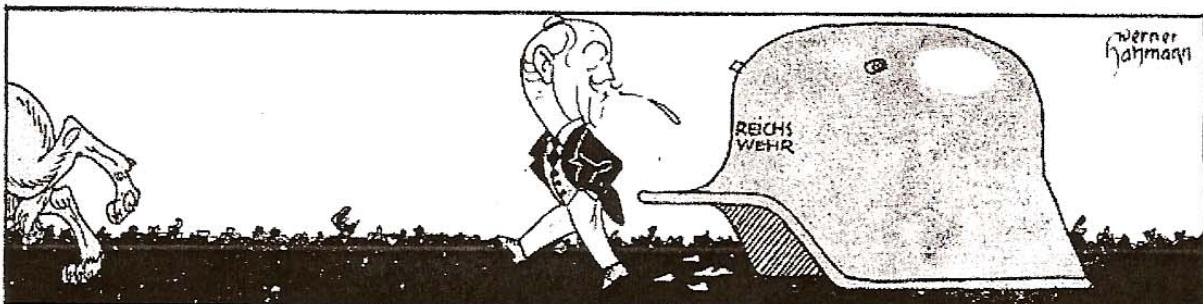
I



II



III



IV

DIE INDUSTRIALISIERUNG –  
BEDINGUNGEN UND FOLGEN IN STAAT UND GESELLSCHAFT

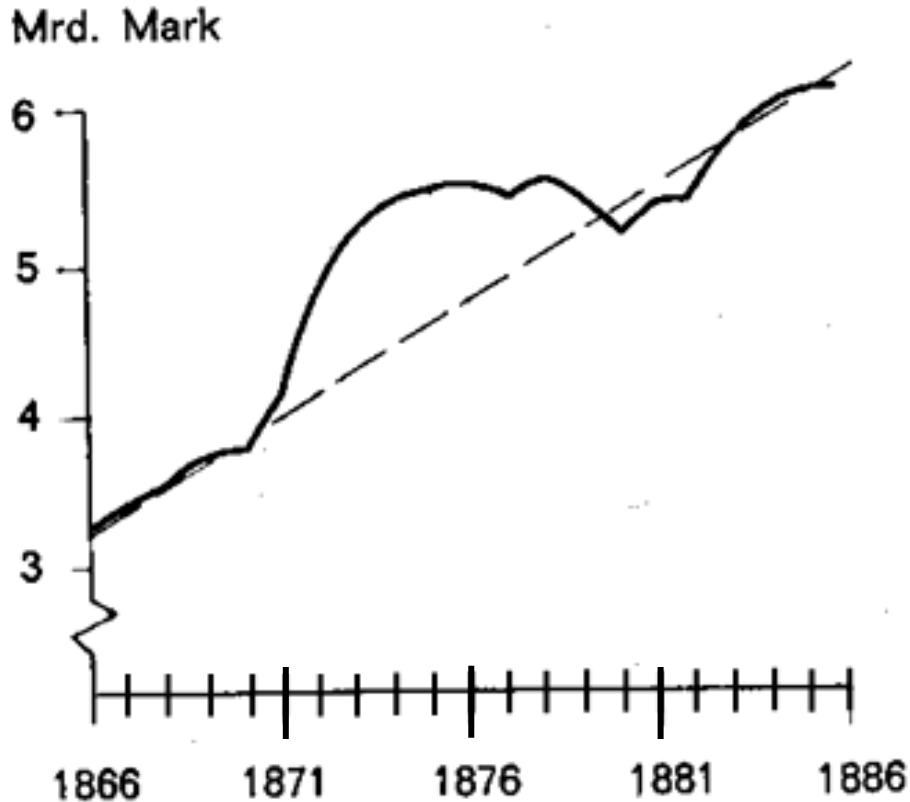
- 1 Skizzieren Sie Verlauf und Ausmaß der Industrialisierung in Deutschland bis zur Reichsgründung! Beziehen Sie sich dabei auf wirtschaftliche und soziale Entwicklungen! [12 BE]
- 2 [28 BE]
- 2.1 Beschreiben Sie anhand der Grafik (M1) die Entwicklung der Wertschöpfung in Industrie und Handwerk in Deutschland und überprüfen Sie, inwieweit sich anhand dieser Grafik eine Wirtschaftskrise ab 1873 belegen lässt!
- 2.2 Erarbeiten Sie aus dem Text (M2) die Auffassungen des Verfassers zu Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und setzen Sie sich mit diesen Auffassungen auseinander! Beurteilen Sie dabei auch, inwieweit die Grafik (M1) in Ihre Auseinandersetzung einbezogen werden kann!
- 3 Erörtern Sie anhand zweier aussagekräftiger Beispiele aus verschiedenen Zeiträumen nach dem Ende des Kaiserreichs die Bedeutung staatlichen Handelns in Deutschland gegenüber anderen Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussten! [20 BE]

---

[Summe: 60 BE]

### M1: Entwicklung der Wertschöpfung in Industrie und Handwerk von 1866 bis 1886 in Deutschland, in Preisen von 1913

*Hinweis: Die gestrichelte Linie gibt die Ideallinie stetiger Entwicklung an.*



### M2: Aus: Otto Glagau, Der Börsen- und Gründungs-Schwindel in Deutschland, 1877

Während aber Frankreich's Industrie und Handel in üppiger, fast geiler Blüthe<sup>1</sup> stand, lastete auf der Geschäftswelt in Deutschland gewissermaassen ein Alp. Man traute hier nie recht dem Frieden, man war nie sicher, dass der Französische Kaiser nicht einen Krieg anzettelte, der sich direct gegen Preussen richtete oder dieses doch in Mitleidenschaft zöge. Erst seit dem Kriege von 1866 wich jener Alp, indem der Nimbus Napoleon's mehr und mehr zu schwinden begann. Auch in Deutschland hob und entfaltete sich der Unternehmungsgeist, ohne aber deshalb schon damals in unsolide Bahnen einzulenken. Eine Ausnahme bilden nur das Börsentreiben in Berlin und die Strousberg'schen Eisenbahnbauten.<sup>2</sup>

10 Von diesen beiden Erscheinungen abgesehen, ist es eine grobe Unwahrheit und verschmitzte Fälschung, wenn die Gründer und Gründergenossen, um sich rein zu waschen, neuerdings behaupten: Eine Ueberproduction und Ueberspeculation sei

<sup>1</sup> *Geile Blüthe* ist hier im Sinne von übertriebenem Wachstum zu verstehen.

<sup>2</sup> Anspielung auf den zunächst sehr erfolgreichen, dann wegen seiner Finanzierungspraktiken umstrittenen und als Jude diskriminierten Eisenbahnunternehmer Barthel Heinrich Strousberg.

(Fortsetzung nächste Seite)

in Deutschland schon vor dem Kriege von 1870 vorhanden gewesen; nur der grosse Sieg über Frankreich habe die wirthschaftliche Krisis nicht schon damals zum Ausbruch kommen lassen, sondern um ein paar Jahre verzögert.

Richtig ist dagegen, dass zu der Ueberproduction und Ueberspeculation in der Schwindelperiode von 1871 bis 1873 der Samen schon weit früher ausgestreut war. Und diese Aussaat ist das Werk der *Manchesterleute*<sup>3</sup>, die sich mit Vorliebe „*Volkswirthe*“ nennen.

Wie man weiss, ist die Nationalökonomie eine verhältnissmässig sehr junge und noch sehr unfertige Wissenschaft. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts blieb sie in Deutschland auf die Hochschulen beschränkt, ohne die studirende Jugend besonders anzuziehen, und ohne die späteren Staatsbeamten wesentlich zu beeinflussen. Dem grossen Publikum, ja auch der Geschäftswelt war sie ziemlich unbekannt.

Mitte der vierziger Jahre tauchte in Elbing und Königsberg i. Pr. ein Englischer Sprachlehrer auf, Namens *J. Prince-Smith*. Er versuchte das in England blühende Manchesterthum auch in Deutschland anzupflanzen; die Lehre von der „freien Concurrrenz“, das „ewige und alleingültige Gesetz“ von Angebot und Nachfrage“. Anfangs fand er wenig Gehör, bis er nach Berlin übersiedelte und hier eine Schule gründete, eine Anzahl von Literaten um sich versammelte. Allmählig begriffen Grossindustrielle, Handels- und Börsenleute, namentlich die, welche dem auserwählten Volk<sup>4</sup> angehören, dass die neue „Wissenschaft“ leicht zu lernen und in der Praxis gar gut zu brauchen sei. Das Manchesterthum, welches einfach die *Allmacht des Capitals* und die *Ohnmacht des Staats* predigt, wurde das wirthschaftliche Dogma der „liberalen Partei“, der herrschenden Bourgeoise. Herr Prince-Smith und seine Jünger gewannen als „*Volkswirthe*“ weiten Ruf und grossen Einfluss. Sie wurden von der Presse, an der sie selber fleissig mitarbeiteten, ununterbrochen gefeiert und beweihräuchert; sie paradirten alljährlich auf den sogenannten volkswirthschaftlichen Congressen, und sie gelangten mit als die „*Edelsten und Besten der Nation*“ in die Parlamente.

Zu den Jüngern des Herrn Prince-Smith, der, ursprünglich ganz unbemittelt, bei seinem unlängst erfolgten Tode ein erstaunliches Vermögen hinterliess, gehört auch Herr *Otto Michaelis*, lange Jahre „*Volkswirthe*“ und Mitredacteur der Berliner „*National-Zeitung*“, bis ihn 1868 Minister *Delbrück* zu seinem vortragenden Rath machte; als welcher er an der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des neuen Deutschen Reichs einen sehr wesentlichen Antheil hat. [...]

Die Krönung der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes war das zu so trauriger Berühmtheit gelangte Actiengesetz vom 11. Juni 1870, welches den Gründungsschwindel förmlich organisirte, indem es die Actiengesellschaften von jeder Genehmigung und Aufsicht des Staats loslöste, und für die künftige Errichtung derselben die denkbar ungebundensten Vorschriften, blosse Scheinbestimmungen aufstellte.

<sup>3</sup> *Manchesterleute* vgl. Z. 28f. und 34f.

<sup>4</sup> Gemeint sind Juden.



## III

VON DER EUROPÄISCHEN GLEICHGEWICHTSPOLITIK ZUR WELTPOLITIK  
– INTERNATIONALE POLITIK IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

- 1 Geben Sie einen Überblick über internationale Konstellationen und Entwicklungen in Europa vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1948!  
[12 BE]
  
- 2 Erschließen Sie die Karikatur M1 und erörtern Sie davon ausgehend, inwieweit einzelstaatliche Interessen bei der Ausgestaltung der europäischen Einigung seit dem Ende der 1940er Jahre bis zum Anfang der 1990er Jahre eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben!  
[24 BE]
  
- 3 [24 BE]
  
- 3.1 Erarbeiten Sie aus dem Text M2, welche Gründe Henri Brugmans für die Notwendigkeit einer europäischen Einigung anführt und welche Vorstellungen er von einem geeinten Europa hat!
  
- 3.2 Setzen Sie sich – auch unter Einbeziehung Ihrer persönlichen Sicht der europäischen Einigung – mit Brugmans Visionen von Europa auseinander!

---

[Summe: 60 BE]

M1: Karikatur des Zeichners Klaus Pielert, entstanden um 1950



Bildunterschrift: Zwei Lesarten Lektüre für die Parlamentsferien

(Fortsetzung nächste Seite)

**M2: Rede des niederländischen Romanisten und Politikers Henri Brugmans (1906 – 1997), gehalten auf dem „Kongress von Europa“ im Haag am 7. Mai 1948 (Auszüge)**

[...] Heute nun, glauben wir, ist die grundlegende Frage im Europa von 1948 die Frage der europäischen Einheit. Das ist es, was uns hier zusammengeführt hat, nichts mehr und nichts weniger.

Warum haben wir diesen Glauben?

5 Zunächst, weil die wirtschaftlichen Probleme, die selbst grundsätzlicher Art sind, nicht mehr im nationalen Rahmen gelöst werden können. [...]

Die eigentliche Aufgabe ist die Schaffung einer überstaatlichen Organisation in Europa, die allein in der Lage ist, uns einen großen Inlandsmarkt, die Grundlage eines dauerhaften Wohlstandes zu bieten. Technische Neuausrüstung, Zusammen-  
10 legung der Hilfsquellen, Arbeitsteilung unter den Völkern – dies alles ist illusorisch, solange die Einteilung in Nationen bestehen bleibt. Darum wollen wir zunächst die grundlegende Frage lösen, die darin besteht, Europa zusammenzuschließen.

Außerdem besteht in einer Welt, die einem Konflikt entgegenzusteuern scheint,  
15 die Gefahr, daß die europäischen Völker die ersten Opfer dieses Konfliktes werden. Zerstückelt und ohnmächtig müssen sie die Wechselfälle der internationalen Politik über sich ergehen lassen. Die Angst packt sie, wenn sie an die eigene Schwäche und die geballten Kräfte der anderen denken. [...]

Aber wir haben auch sittliche Beweggründe. Das Zauberwort „Europa“ bedeutet  
20 nicht nur einen Erdteil, sondern einen persönlichen und gemeinschaftlichen Lebensstil. Niemals hat der Europäer für längere Zeit die Vorherrschaft einer herrschsüchtigen Gruppe geduldet. Niemals wird er eine Obrigkeit anerkennen, die die Menschenrechte nicht garantiert. Europa, das bedeutet Freiheit, eine Freiheit, von deren schweren und schönen Seiten die Mehrheit der Menschen, die un-  
25 ter der Sonne gelebt haben, nie etwas gehaut hat. [...]

Laßt uns Europa vereinigen – über die Parteistreitigkeiten und die Illusionen eines  
anderen Jahrhunderts hinweg. Das ist unser Ausgangspunkt. Aber wir haben ihn schon überschritten. Die Regierungen haben sich in Bewegung gesetzt, und wäh-  
30 rend man uns vor einem Jahr noch als Utopisten bezeichnete, fragt man uns heute, was wir noch mehr wollen über diese Zusammenarbeit der Regierungen hinaus.

Was wir mehr wollen? Jenseits von Verträgen, die immer widerrufen werden kön-  
nen, jenseits von Geheimverhandlungen, die leicht im Sande verlaufen, wollen wir, daß föderative europäische Einrichtungen geschaffen werden, die Obrigkeits-  
gewalt besitzen und um die sich eine neue Gesellschaft der Völker kristallisieren  
35 kann. Denn – sagen wir es nur offen vor einer mit Recht skeptischen Welt – wir sind auch nicht im geringsten interessiert an diplomatischen Konstruktionen von der Art des alten Völkerbundes oder einer europäischen UNO, die durch das Veto-  
recht gelähmt ist. [...] Niemals wird uns eine Versammlung souveräner Staaten vom Nationalismus erretten – von jenem Nationalismus, der gleichzeitig erbärm-  
40 lich und furchtbar ist [...].

(Fortsetzung nächste Seite)

Wir begrüßen die Zusammenarbeit der Sechzehn und den Brüsseler Pakt. Aber wir fügen hinzu, dass in Wirklichkeit nichts geschehen ist, solange noch nicht das Dogma der sakrosankten nationalen Souveränität umgestoßen ist [...].

45 Ich gehe noch weiter. Der europäische Föderalismus ist nicht ausschließlich politischer Art. Er ist gleichzeitig organisatorisch. [...]

Nein, wir glauben nicht, dass der europäische Bund Wirklichkeit werden kann, wenn er sich nicht in einer Reihe von Organismen etwa wie folgt verkörpert: ein europäischer Generalstab, eine Gesellschaft der europäischen Eisenbahnen, eine selbständige europäische Kohlenverwaltung [...]. Oder auch – um einen Gedanken wieder aufzugreifen, der einigen von uns besonders am Herzen liegt – ein europäisches Clearing der Arbeitskräfte und Löhne, durch das den Arbeitern das Existenzminimum gesichert würde, das das soziale Dumping unter den Nationen beseitigen und der widersinnigen Lage ein Ende bereiten würde, daß in einem Lande Arbeitslosigkeit herrscht, während es in anderen an Arbeitskräften mangelt.

55 Ich komme zum Schluß meines Gedankenganges. Die funktionelle Organisation Europas genügt nicht, um den Erfolg sicherzustellen, und auch nicht, um uns vor einer allmächtigen Technokratie zu bewahren.

Ob es sich um die Organisation des Transports oder der Landwirtschaft, um die soziale Gesetzgebung oder die Reform der Universitäten handelt – alle diese Einrichtungen werden gebührend untereinander abgestimmt und demokratisch kontrolliert werden müssen. Von einem „geeinten Europa“ zu sprechen, ohne dabei an eine europäische „Regierung“ und an ein europäisches „Parlament“ zu denken, erscheint nicht sehr realistisch. O, ich weiß es nur zu wohl, die Geschichte wiederholt sich niemals. Die nationalen Gebilde, die mit der bürgerlichen Revolution entstanden sind, werden nicht so ohne weiteres für die Bedürfnisse eines ganzen Erdteils und einer Epoche mit ihren vielfachen Umwälzungen übernommen werden können. Aber wie sehr auch über diesen Punkt unsere Ansichten eines Tages auseinandergehen mögen, wir sind uns einig darin, daß ein europäischer politischer Wille geschaffen werden muß, der allein die föderative Demokratie wirksam

65 machen kann. Und diese europäische öffentliche Meinung wird nicht aus der Summe der einzelnen nationalen Meinungen entstehen. Sie wird ein Element sui generis<sup>1</sup> sein, ein neues Phänomen der Geschichte, ein dauerndes Erwachen des europäischen Bewußtseins als solchem, die Entdeckung der gemeinsamen Staatszugehörigkeit. [...]

75 Und schließlich wird Europa, wenn es ihm gelingt, sich durch Einigung zu erneuern, die Möglichkeit haben, seine Unabhängigkeit in der Welt zurückzuerobern, moralische und soziale Unabhängigkeit, denn unter den Großen wird es eine besondere Gesellschaftsform verkörpern, die aus freiem Zusammenschluß und handelnder Solidarität entstanden ist. [...]

---

<sup>1</sup> Lat.: eigener Art.

## IV

## DEUTSCHLAND SEIT 1945

- 1 Skizzieren Sie die politischen Vorgänge 1948/49, die zur Bildung zweier deutscher Staaten führten! [14 BE]
  
- 2 [26 BE]
  
- 2.1 Erarbeiten Sie wesentliche Aussagen des Textes (M) in Hinblick auf Politik und Wirtschaft in der DDR sowie zur Rolle der Bundesrepublik! Erschließen Sie auch die Intentionen Grotewohls!
  
- 2.2 Überprüfen Sie die Kernaussagen des Textes anhand der historischen Realität!
  
- 3 Vergleichen Sie unter Berücksichtigung der äußeren Rahmenbedingungen die krisenhaften Erscheinungen in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit der Krise in der DDR 1989/90! [20 BE]

---

[Summe: 60 BE]

**M: DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl am Abend des 16. Juni 1953 vor der SED-Bezirksleitung Berlin**

*Hinweis: Die Rede Grotewohls wurde am 18. 6. im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht; es ist davon auszugehen, dass sie von Anfang an zur Veröffentlichung bestimmt war.*

Genossinnen und Genossen!

Am 9. Juni<sup>1</sup> hat das Politbüro ein Kommuniqué beschlossen, das von großer Bedeutung ist. In diesem Kommuniqué hat das Politbüro die Maßnahmen dargelegt, die es in allernächster Zeit zu verwirklichen für notwendig hält. Partei und Regierung haben dabei offen und ehrlich die Korrigierung einiger vorhandener Fehler durchgeführt.

Wir hatten nicht die Absicht, die erforderlichen Maßnahmen hinter verschlossenen Türen oder im stillen Kämmerlein zu erledigen. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, Volk und Regierung gehörten zusammen. [...] Aus Westdeutschland schreibt uns ein Professor: „Wir können uns nicht vorstellen, daß die Bonner Regierung sich ähnlich verhält. Hätte sie auch nur annähernd die Kraft und die Ehrlichkeit, wie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Fehler einzugestehen, dann wäre mit einem Schlage das Bonner Kriegsvertragssystem ebenso wie die Kriegsgefahr in Europa beseitigt und es könnte in Riesenschritten auf die Einheit Deutschlands losgehen.“ Ich glaube, das ist richtig. In diesem Vergleich zeigt sich der große Unterschied zwischen einer Regierung, deren oberstes Bestreben es ist, eng mit dem Volk zusammenzuleben und zu arbeiten und einer Regierung, wie die Adenauers, die versucht, eine verständigungsfeindliche kriegsgefährliche Politik durchzusetzen. [...]

Unsere Erfahrungen seit 1945 haben gezeigt, daß durch die Übergabe der Betriebe der Monopolisten und anderer Kriegs- und Nazibetriebe in die Hände des Volkes und die darauf basierende Planung der Volkswirtschaft eine krisenfreie Entwicklung gesichert war. Im Gegensatz zur imperialistischen Anarchie entwickelten sich die Produktivkräfte bei uns harmonisch, im Einklang miteinander und einem richtigen Verhältnis zueinander. Unsere volkseigene Wirtschaft zeigt bereits eine stetig steigende Zunahme der Produktion und eine Zunahme des Volkswohlstandes. [...] Der erfolgreiche, wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik eilte, dank der aufopferungsvollen Arbeit unserer Arbeiter, Bauern, unserer Wissenschaftler und Techniker, bereits den Planzielen des Fünfjahresplans voraus. Trotz aller Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohstoffen und Materialien steigerte sich der Produktionsumfang dauernd und anhaltend. In der Landwirtschaft hatten wir bereits die Ziffern der Hektarerträge von 1936 überflügelt. Diese geradlinig nach oben steigende Kurve berechtigte uns im

<sup>1</sup> Am 9. Juni beschloss das Politbüro der SED einen „neuen Kurs“, der Fehler der Vergangenheit revidieren sollte, u. a. durch Rücknahme von Preissteigerungen und Zwangsmaßnahmen gegen Bauern und Selbstständige sowie durch stärkere Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie.

35 Vorjahr zu der Annahme, daß wir den Zustand erreicht hätten, bei dem wir mit der beschleunigten Schaffung der Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus beginnen konnten. Hier beginnen nun einige ökonomische und finanzielle Vorbelastungen, die die Erfüllung unseres Zieles erschwerten und verhinderten. Einige dieser Auswirkungen wurden uns durch die aggressiven militärischen Vorbereitungen gegen die DDR aufgezwungen, andere entsprangen der falschen Anwendung unserer Ge-  
40 setze in den Betrieben und in der mittleren Linie unserer Verwaltung. Sie veranlassten uns zu Maßnahmen, um die schädlichen Wirkungen zu beseitigen. Wenn ich nun die wesentlichsten und entscheidendsten dieser Fragen heute hier anführe, so hoffe ich, das trotzdem vor den Augen der Genossen ein klares und zusammenhängendes Bild entsteht. Die erste, tiefeinschneidende Wirkung ergab sich im  
45 zweiten Halbjahr 1952 insofern aus der Bonner Kriegspolitik, als wir dadurch gezwungen wurden, zum Schutz unseres Staates und unserer Errungenschaften erhebliche unvorhergesehene Ausgaben zu machen.

Die zweite Verschiebung des normalen Wirtschaftsablaufs entstand aus einer falschen Anwendung unserer Beschlüsse zur Verbesserung der Löhne für die ersten  
50 vier Lohnstufen unserer Grundindustrien. [...]

Aber ökonomische Ereignisse stehen nicht losgelöst im Leben, sondern sie sind immer mit tiefen und großen gesellschaftlichen Einwirkungen verbunden. Bei der Durchführung all dieser Maßnahmen stießen wir auf den erbitterten Widerstand des Gegners. Der Klassenkampf verschärfte sich auf der ganzen Linie und in allen  
55 gesellschaftlichen Äußerungen. Hetze und Verleumdung aller Art führten zur Nichterfüllung bei der Ablieferung, zur künstlichen Erhöhung von Steuerschulden und zum stillen und oft auch offenen Widerstand gegen die Maßnahmen in der Wirtschaft und im Staat. [...]

Durch eine Reihe von Maßnahmen haben wir versucht, sofort auf die Lebenslage der Bevölkerung ebenso günstig einzuwirken wie auf ihr politisches Bewusstsein.  
60 Wir haben diese Maßnahmen schnell und ernsthaft in Angriff genommen und sind entschlossen, tiefgehende weitere Maßnahmen zu treffen, die sich wohltuend auf das Leben der Bevölkerung auswirken werden.

Diese weitergehenden Maßnahmen, mit deren Ausarbeitung das Politbüro beschäftigt ist, werden dem Plenum des Zentralkomitees in Kürze zur Begutachtung und Beschlussfassung unterbreitet werden. Sie betreffen entschiedene Änderungen im Volkswirtschaftsplan. [...] Wir sind Blut vom Blute der Arbeiterklasse und  
65 Fleisch vom Fleische unseres Volkes. Mit diesen Bindungen wird die Parteileitung und die Regierung nicht nur mit ganzem theoretischen Ernst, sondern auch mit praktischen Taten die Fehler überwinden und erfolgreich für eine bessere Zukunft,  
70 für die Wiederherstellung der nationalen Einheit und für Frieden arbeiten.